

Rechtsbelegungen und Angelegenheiten sind in der Morgenausgabe anzusehen
Redaktion: SW. 68, Cadenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

12. Februar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Dorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cadenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Ratsitzung des Völkerbundes.

Um die Tagesordnung der Bundestagung.

Heute nachmittag tritt der Völkerbundsrat in Genf zu der außerordentlichen Sitzung zusammen, um über die Einberufung der Bundestagung zu beschließen, die durch den Antrag Deutschlands, bald in den Völkerbund eintreten zu können, notwendig wurde.

Der Rat wird heute nur über die Tagesordnungen der nächsten Sitzungen des Rates und der Vollversammlung beraten. Dabei wird eine Art Vorpostengefecht um die Frage der Vermehrung der ständigen Ratsitze geführt.

Völkerbundsziele der französischen Rechts.

Paris, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß Deutschland mit seinem Beitritt zum Völkerbund nichts zu verlieren, wohl aber sehr viel zu gewinnen hat, so liefert ihn am Donnerstag der Unmut, den die nationallistische Presse Frankreichs über den von der deutschen Regierung noch langem Zögern nunmehr endlich vollzogenen Schritt an den Tag legt.

keine Schwächung seiner Position in Genf zu befürchten habe, wenn es fortfahre, zusammen mit den Alliierten für die Verteidigung des Friedensvertrages von Versailles zusammenzuarbeiten, d. h. solange es sich bereit findet, im Schlepptau der französischen Politik zu segeln.

Belgien läßt sich nicht mißbrauchen.

Paris, 11. Februar. (W.F.B.) Der „Temps“ glaubt, berichten zu können, daß die Meldung der Agentur Havas, Belgien fordere einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat, nicht den Tatsachen entspricht.

Paris, 11. Februar. (W.F.B.) Der „Temps“ bedauert, daß Belgien auf die Zuteilung eines Sitzes im Rate verzichtete. Es sei eine Ironie des Schicksals, daß gerade Deutschland einen dauernden Sitz im Rate erhalte, in dem Augenblick, wo die belgische Regierung auf einen solchen verzichtet.

Brazilien, Spanien, Polen und Belgien im Urteil Englands.

London, 12. Februar. (W.F.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ führt aus, die Kandidatur von Spanien, Brasilien und Polen für einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat sei nach wie vor das Hauptgesprächsthema in den verschiedensten diplomatischen Kreisen.

Wahlrechtsfeinde am Werk.

Ein deutschnationaler Antrag.

Im Reichstag ist ein deutschnationaler Antrag eingegangen, die Reichsverfassung dahin zu ändern, daß das Wahlalter von 20 auf 24 Jahre heraufgehoben wird.

Der Antrag hat natürlich keine Aussicht auf Annahme, da die Zweidrittelmehrheit fehlt. Aber er kennzeichnet doch die Absichten der Reaktionskräfte, die die Massen der jungen Arbeiter entreckten wollen.

Deutschnationale Hüter der Verfassung.

Wenn es gilt, den Fürsten zu helfen.

In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstags wurde die Generaldebatte über die Anträge zur Fürstenabfindung fortgesetzt.

Herr Dr. Lehmann (Dnat.) führte aus, die Deutschnationalen hätten den Willen, eine gerechte Lösung der Abfindungsfrage herbeizuführen. Sie ließen sich dabei nicht vom Interesse der einen oder anderen Partei leiten und könnten auch nicht alle Ansprüche mancher Fürstenhäuser billigen.

Gegen die Sprachenverordnung.

Protest der deutschen Sozialdemokratie.

Brag, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren und der Parteivorstand haben in einer gemeinsamen Sitzung eine Entschiedenheit gegen die reaktionäre Wirtschaftspolitik, gegen die Aufrechterhaltung der verlängerten Dienstzeit und gegen die Sprachenverordnung geäußert.

Der Einspruch gegen das tschechische Sprachenrecht hat folgenden Wortlaut:

Die Sprachenverordnung, welche unter Bruch einer ausdrücklichen Zusage der Regierung nicht dem Verfassungsausschusse vorgelegt, sondern einfach oktroyiert worden ist, stößt in jeder Zelle den Geist des Diktates.

Wie diese Maßnahmen erfordern die einschneidenste Abwehr, für welche sowohl seitens der parlamentarischen Vertretung wie auch seitens der übrigen Parteistellen alle notwendigen Vorbereitungen getroffen werden.

Der Auswärtige Ausschuh des Reichstags tritt heute abend unmittelbar nach Schluß der Vollziehung des Reichstags zusammen, um den Bericht über den Stand der Verhandlungen über das provisorische Handelsabkommen mit Frankreich entgegenzunehmen.

Fürsorge für Kurzarbeiter.

Ein unzureichender Regierungsentwurf.

Der Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung ist für heute zu einer Vollversammlung einberufen worden. Sein einziger Beratungsgegenstand ist der vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeitete Entwurf einer Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kämpft seit vielen Monaten um die Wiedereinführung der Kurzarbeiterfürsorge. Bereits Anfang Januar v. J., gleich nach Zusammentritt des Reichstags, brachte sie den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge ein, der auch die obligatorische Einführung der Kurzarbeiterfürsorge vorsah.

In seiner Programmrede hat der Reichskanzler Brücker erklärt, daß die Regierung der Kurzarbeiterfrage als dringende Frage des Tages ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden wird, um festzustellen, ob eine Vinderung der Not der Kurzarbeiter möglich ist unter Ausschaltung der wirtschaftlichen Nachteile, die von der Kurzarbeiterunterstützung befürchtet werden.

Was das bedeutet, wird man erst voll ermessen, wenn man berücksichtigt, daß die deutschen Unterstützungssätze immer noch viel zu gering sind. Wochenlöhne von 8, 9, 10 und 12 M., in einem Falle sogar von 1,35 M., wurden festgestellt.

Man sollte meinen, daß diese anerkannte Notlage in der geplanten Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge ausreichende Berücksichtigung finden würden. Leider läßt sich die Regierung mehr von ihrer fixen Idee der angeblichen wirtschaftlichen Nachteile als von der Erkenntnis der Notwendigkeit ausreichender sozialer Hilfeleistung für die Kurzarbeiter leiten.





# Gewerkschaftsbewegung

## Der Konflikt bei der Reichsbahn. Scheffel antwortet Stier.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands beschätzte sich am Donnerstag in einer Konferenz mit Vertretern der Presse mit dem Konflikt bei der Reichsbahn und der durch die Haltung der Verwaltung geschaffenen Rechtslage. Der Vorsitzende des Verbandes, Genosse Scheffel, betonte dabei, daß die Differenzen zwischen den Organisationen und der Reichsbahnverwaltung sich besonders seit der Auflösung der Eisenbahn aus der Reichsverwaltung verschärft hätten.

Während auf der einen Seite der Beamtenapparat der Verwaltung übersättigt sei, würden andererseits die Rechte des Personals immer mehr gekürzt und das Lohn- und Gehaltsproblem immer mehr verwirrt. Dazu komme nun die Weigerung der Reichsbahn, den für verbindlich erklärten Schiedsspruch durchzuführen. Den Organisationen bleibe nichts anderes übrig, als den kostspieligen und langwierigen Klageweg zu beschreiten, während die Reichsbahn, die auf Schiedsspruch, Reichstag, Reichsarbeitsministerium und Oeffentlichkeit pfeife, das Reichsbahnschiedsgericht anrufen wolle, das nach Aufhebung der Verbände und des Arbeitsministeriums gar nicht zuständig sei. Während das Eisenbahnerpersonal auf seine 1 bzw. 2 Pf. Lohnzulage warte, müßten die Organisationen gezwungenermaßen einige tausend Mark Kostenvorschuß für eine Klage aufbringen, die voraussichtlich nicht nur das Landgericht, sondern auch noch Kammergericht und Reichsgericht beschuldigen werde.

Dabei beliefen sich die durch den Schiedsspruch verursachten Mehrausgaben bei der Reichsbahn auf jährlich 11,8 Millionen. 3 1/2 Millionen Mark würden nämlich durch Wegfall der sozialen Zulagen bei Krankheitsfällen eingespart. Aus diesem Grunde könne auch keine Rede von einer notwendigen Tarifserhöhung sein.

Der Redner gab zu, daß es der Reichsbahn nicht gut gehe und daß es fraglich sei, ob das Unternehmen auf die Dauer die ihm auferlegten Reparationslasten tragen könne. Zweifelsohne habe das Reich auch die Verpflichtung, für die Beamten der Reichsbahn nach ihrer Pensionierung zu sorgen, die schon bei Gründung der Reichsbahn-Gesellschaft Reichsbeamte waren. Tatsächlich entfielen heute 38,2 Proz. aller persönlichen Ausgaben der Reichsbahn auf die Ruhe- und Wartegeldempfänger.

Auf jeden Fall aber treibe die Reichsbahn, die sich über alle gesetzlichen Bestimmungen glatt hinwegsetze, eine recht gefährliche Politik. Es wäre kein Wunder, wenn angesichts dieses Verhaltens der ungeheure Haß, der sich im Personal ansammele, eines Tages sich plötzlich einmal Luft mache. Zum Schluß bemängelte Scheffel die Nichtvertretung des Eisenbahnerpersonals im Verwaltungsrat der Reichsbahn, dessen Tätigkeit sich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vollziehe. Das sei der Dank für die Haltung der Eisenbahner im Ruhrkampf, die man damals nicht genug loben konnte.

## Arbeitsbeschaffung und Straßenbahn. Wie Aufträge vergeben werden.

Uns wird geschrieben: Die Berliner Straßenbahn beabsichtigt eine große Anzahl Bismarckwagen in Auftrag zu geben. Angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die gerade in Berlin herrscht, wäre es angebracht, daß die Berliner Straßenbahn diesen Auftrag Berliner Firmen gibt. Es ist darüber mit einer leistungsfähigen Firma verhandelt worden, die bereits für die Straßenbahnwagen geliefert hat. Nichtsdestoweniger beabsichtigt die Berliner Straßenbahn, den weit überwiegenden Teil des Auftrags an auswärtige Firmen zu vergeben.

Ohne in einen unangebrachten Lokalspatriotismus zu verfallen, darf wohl verlangt werden, daß besonders gegenwärtig solche Aufträge an Berliner Firmen vergeben werden. Die betreffende Berliner Firma, die einen geringen Teil des Auftrages ausführen soll, hat sich bereit erklärt, in das niedrigste Angebot der auswärtigen Konkurrenzfirmen einzutreten und überdies für die Zahlung die günstigsten Bedingungen zu stellen. Erschwerend kommt hinzu, daß bei dieser Firma demnächst 250 Arbeiter zur Entlassung kommen. Diese Entlassungen würden nicht notwendig sein, es würde darüber hinaus noch eine erhebliche Anzahl von Arbeitern eingestellt werden können, wenn der Firma der Auftrag zugesprochen würde.

Soweit die Zulassung. Nach unseren Erkundigungen liegen die

Dinge so, daß die Berliner Straßenbahn während der letzten Jahre vornehmlich bei den Berliner Firmen um Ausführung von Aufträgen angeklappt hatte. Da die Berliner Großfirmen es abgelehnt hatten, die Aufträge der Straßenbahn auszuführen, mußte diese sich an auswärtige Firmen wenden. Wenn heute die Berliner Firmen bereit sind, die Aufträge der Straßenbahn auszuführen, so ist keineswegs eine Gewähr dafür gegeben, daß dem auch so nach der Ueberwindung der Krise sein würde. Die auswärtigen Firmen würden dann, unter Hinweis auf die Vergebung der Aufträge während der Krise, es ablehnen, während der guten Konjunktur als Rückwärtszügler einzuspringen.

Diese uns gegebenen Erklärungen sind gewiß nicht von der Hand zu weisen. Andererseits liegt aber die Frage nahe, ob man nicht, ohne die auswärtige Konkurrenz völlig auszuschließen, den größten Teil der Aufträge nach Berlin vergeben müßte. Die Befürchtungen für künftige Zeiten guter Konjunktur könnten eventuell durch Schaffung eines vertraglichen Verhältnisses mit der Berliner Firma, wonach diese sich zur schnellen Ausführung künftiger Verträge verpflichten müßte, aus der Welt geschafft werden. Von allen anderen Ermägungen abgesehen, ist es an sich unrationell, solche Aufträge nach auswärtig zu vergeben.

## Der Einheit entgegen. In der Tschechoslowakei.

(IJB.) Den vom Sekretär Dubogeeff im Namen des IJB. geführten erfolgreichen Verhandlungen zur Herbeiführung der Einheit der deutschen und tschechischen Landeszentralen der Tschechoslowakei folgten in letzter Zeit auch Verhandlungen in einzelnen Berufen. So fanden am 14. und 27. Januar unter Leitung des Sekretärs der Bauarbeiterinternationale, Genossen Käppler, in Prag Verhandlungen zwischen dem Bau- und Keramarbeiterverband, dem Deutschen Bauarbeiterverband und dem von Moskau zurückgekehrten Zentralverband der Bauarbeiter statt.

Es wurde im Hinblick auf die Vereinigung der drei vorgenannten Organisationen ein gemeinsamer Ausschuss eingerichtet. Bei der durch die kommunistische Spaltung besonders schwierig gestalteten Verhältnisse in der tschechoslowakischen Bauarbeiterbewegung kennt, wird diesen Beschluß als einen großen Erfolg bewerten.

Am 3. Februar behandelte der Vollzugsausschuss des Internationalen Metallarbeiterbundes unter dem Vorsitz seines Sekretärs Jig ebenfalls die Zusammenschlußfrage, resp. die Frage der geplanten Verschmelzung des deutschen und tschechischen Metallarbeiterverbandes.

Nach eingehender Beratung wurde eine Resolution angenommen, in der konstatiert wird, daß die Vertreter der beiden Organisationen auf dem Standpunkt der Verschmelzung zu einer Einheitsorganisation stehen, und daß grundsätzlich keine Differenzen vorhanden sind. Der Vollzugsausschuss beauftragte demzufolge die beiden Organisationen, gemeinsame Vorschläge über die künftige Verschmelzung auszuarbeiten und sie bis zum 1. Juli dem Internationalen Sekretariat einzufenden.

Auch auf dieser Seite ist also wieder ein schöner Erfolg zu verzeichnen und es ist zu hoffen, daß es bald zu einer Lösung der Schwierigkeiten in ähnlichen Berufen kommen wird.

## Kriegsbeschädigte gegen Konkursverwalter.

Der Konkursverwalter der Aktiengesellschaft für Automobilbau (Aga) hatte am 19. Dezember den Betrieb stillgelegt und sämtliche Arbeitnehmer, darunter neun Schwerbeschädigte, fristlos entlassen. Am 4. Januar hatte er den Betrieb wieder eröffnet, um die laufenden Aufträge fertigstellen zu lassen. Es wurden die 120 Lehrlinge der Firma sowie 80 Arbeiter und Meister wiederingestellt.

Die neun Schwerbeschädigten, die nicht weiterbeschäftigt wurden, verklagten den Konkursverwalter beim Gewerbegericht auf Bezahlung der Rüdigungsgeld. Sie vertraten die Ansicht, der Konkursverwalter habe voraussehen müssen, daß er den geschlossenen Betrieb bald wieder eröffnen würde, er hätte also den Schwerbeschädigten gegenüber die gesetzliche Kündigungsfrist einhalten müssen, denn in Wirklichkeit handele es sich doch nicht um eine Stilllegung, sondern um eine Weiterführung des Betriebes nach kurzer Unterbrechung.

Das Gericht wies die Klage ab mit der Begründung, der Konkursverwalter sei kein gewerblicher Unternehmer, auch komme ihm der Umstand zugute, daß er den Betrieb geschlossen habe, weil die Unmöglichkeit der Fortführung wegen des Konkurses vorlag. Die fristlosen Entlassungen seien also berechtigt gewesen. Der Betrieb

sei, um laufende Aufträge zu erledigen, in kleinem Umfang wieder eröffnet worden. Da die Befristung wohl im Sinne der Gewerbeordnung, aber nicht im Sinne des Schwerbeschädigtengesetzes als gewerbliche Arbeiter gelten, so würden für die Festsetzung der Zahl der pflichtgemäß beschäftigten Schwerbeschädigten nur die übrigen 80 Arbeiter in Frage kommen. Die entsprechende Anzahl von Schwerbeschädigten dem wieder eröffneten Betriebe zuzuwenden, wäre der Hauptfürsorgestelle gewesen. Dem Anspruch der Kläger habe aus diesen Gründen nicht stattgegeben werden können.

## Vor dem Streik der elsass-lothringischen Eisenbahner.

Paris, 11. Februar. (IJB.) Vom Ministerium für öffentliche Arbeiten wird erklärt, daß die Streikparole der elsass-lothringischen Eisenbahner noch nicht zur Ausführung gelangt ist und daß sämtliche Eisenbahner heute auf ihren Posten erschienen sind. Eine unmittelbare Streikgefahr scheint nicht zu bestehen.

## Die Gewerkschaftsbewegung in der Türkei.

(IJB.) Tropdem die Türkei industriell noch sehr rückständig ist und ständige Verschleubungen in der Zusammenfassung der Bevölkerung die Schaffung fester Grundlagen für eine Arbeiterklassenbewegung erschwert, kann man in der Türkei die ersten Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung bis zum Jahre 1910 zurückführen. Damals bildete sich in Konstantinopel eine sozialistische Partei, um die sich bald auch einige Gewerkschaften gruppierten. Diese setzten sich vorwiegend aus griechischen, türkischen, armenischen und jüdischen Arbeitern zusammen und hatten ihr Hauptquartier in Galata, dem europäischen Teil der Stadt. Nachdem diese ersten Elemente einmal Fuß gefaßt hatten, bildeten sich bald weitere Gewerkschaften und später auch eine unabhängige Sozialistenpartei und ein allgemeiner türkischer Arbeitsbund.

Die Arbeiter, die speziell für die gewerkschaftliche Organisation in Frage kommen, sind vorwiegend in Konstantinopel in der Tabakindustrie und in den Docks, in Smyrna in den Feigenpflanzungen und in Jangalbad als Bergarbeiter beschäftigt. Besonders diese Bergarbeiter sind sehr schlecht organisiert und befinden sich noch auf einer Stufe, die von der Sklaverei nicht weit entfernt ist. Da ein enger Zusammenhang zwischen den verschiedenen, oft unter sehr schwierigen Umständen arbeitenden gewerkschaftlichen Gruppen des Balkans die Festigung der Gewerkschaftsbewegung im nahen Osten sehr fördern kann, ist zu hoffen, daß auch die Gewerkschaften der Türkei auf der in diesem Frühjahr in Sofia tagenden gewerkschaftlichen Balkankonferenz des IJB. vertreten sein werden.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten N.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Gewerkschaft Deutscher Volkshilfer, Sozialistischer Bund Berlin: Nächste Sitzung Sonnabend 1/2 8 Uhr, Rathaus, Zimmer 33. Tagesordnung: Referat des Genossen Hübnitz über die Tagung der freien Schützengilden in Dortmund. 2. Referat des Genossen Scheffel über Neuregelung der Arbeitsbedingungen. 3. Gewerkschaftsleiter.

Verantwortlich für Vollst.: Ernst Henjes; Mittst.: Ernst Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Kleinert; Revueleiter: Dr. John Schilfowski; Lokales und Sonstiges: Erik Rastbach; Anzeigen: Ed. Meier; Schriftlich in Berlin: Berlin: Bornstr.-Berliner G. m. b. H. Berlin. Druck: Bornstr.-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 6. Lindentorke 2.

**Möbel**  
Spezial-  
Betten-  
Schlaf-  
Zimmer,  
bekannt  
und billig.

**Naigebäude**  
CHARLOTTENBURG  
Wilhelmsufer 30. 31  
Ecke Schiller 3h  
König-Laden  
4. Stock

Besichtigung ohne mein  
reichhaltiger Lager

**Ischias**  
in 10-15 Min.  
entlastet, wenn  
beruht, bestmöglich  
in 15 Tagen und  
schwere Fälle benötigt werden. Spezialisten  
Heilung und Schmerz. Ärztl. empfohlen.  
Lindendammstr. 185, 5-11, 14. Sonntag 10-12. Jede

**Metallbetten**  
Stahlmatt. Kinderbetten (auch in Holz)  
Kas. 600 fr. - Eisenmöbelfabr. Subi Thür

**Bähr-Stiefel**  
(früher Bärenstiefel)  
halbbarster  
Qualitätsstiefel  
für  
Strasse und Sport  
nur bei  
**H. Bähr, Spittel-**  
markt 1

**Porzellan**  
Feston, mit Goldrand

Speiseteller nach oder tief ..... 58 Pf.  
Abendbroteller ..... 35 Pf.  
Kampotteller ..... 28 Pf.  
Kartoffelschüsseln ..... 4,25

**Tassen** mit Untertasse, 8 Stück, 30 Pf.

**Wirtschaftsartikel**  
Kohlenplatten ..... 3,50 4,25  
Kaffeemühlen ..... 3,50 4,75  
Reibmaschinen ..... 1,95 3,50  
Fleischmaschinen ..... 5,00 6,25  
Leibwärmer ..... 85 Pf. 95 Pf.

**Aluminiumwaren**  
Wasserkessel ..... 2,85 3,25  
Ziertöpfe ..... 6 Stück 2,45  
Kaffee- u. Zuckerbüchsen 1,10  
Durchschlag 95 Pf. Kaffeeseib 18 Pf.

**Stubenbesen** schwarz ..... 95 Pf.  
**Klosettbürsten** ..... 38 Pf.

**Einkaufsbeutel** 1,65  
aus gutem Wachslein 1,50, 1,35

# Porzellan, Glas, Wirtschaftsartikel

**Weisses Porzellan**  
mit kleinen Fehlern

Speiseteller nach... 28 Pf. tief... 35 Pf.  
Abendbroteller ..... 18 Pf.  
Kampotteller ..... 10 Pf.  
Terrinen ..... 1,95

**Tassen** 10 Pf.

**Emaile**  
Mülleimer mit Deckel ..... 2,85  
Wassereimer groß ..... 85 Pf.  
Sand-Seife-Soda-Konsole 1,75  
Wasserkonsole mit Mass ..... 95 Pf.  
Wannen rund ..... 85 Pf.

**Stahlwaren**  
Esslöffel, Essgabel verz. Stk. 18 Pf.  
Kaffeelöffel verz. nat. .... 10 Pf.  
Salatbestecke ..... Paar 95 Pf.  
Essbestecke verz. nat. .... Paar 60 Pf.

**Kokos-Handfeger** ... 95 Pf.  
**Kokos-Besen** ..... 1,25

**Marktaschen** 1,95  
Wachstuch, m. Rindledergriff 2,25

**TEPPICHE**  
Persia persische Muster 29,50 35/35 44,00 300/300 59,00  
Wollperser ca. 60/120 70/140 80/150 200/300 350/350 300/400  
mit Franzen 9,75 13,00 21,00 78,00 119,00 156,00  
Steppdecken doppelseitig, Handarbeit ..... 19,50

**zu besonders billigen Preisen**

**Glaswaren**  
Weinrömer auf grün. Fass 48 Pf. gest. 95 Pf.  
Bier- oder Teebecher Mattband ..... 18 Pf.  
Bierbecher geschliffen ..... 28 Pf.  
Käseglocken gepreest ..... 70 Pf.  
Butterdosen gepreest ..... 28 Pf.

**Kaffeesevice** 2 Stellen für 2 Personen 2,75  
**Kaffeesevice** 4 Stellen für 6 Personen 4,75  
**Satz Salattieren** Steingut, weiß, 8 Stk. 95 Pf.

**GARDINEN**  
Halbstores ..... 1,50 1,95 2,95  
Garnituren 2 bettig ..... 3,50 4,90 7,50  
Bettdecken 2 bettig ..... 8,50 12,00 15,75

**Portieren-Garnitur**  
rein Messing, 150 cm lang  
**2,35**  
komplett

**Linoleum**  
Linoleum-Läufer 60 cm 2,55 87 cm 2,45 90 cm 3,25 110 cm 4,10 130 cm 4,95  
Linoleum-Teppiche 13 50 22 50 26 60 43 70 60 70  
gute Qualität, besonders preiswert.....  
Linoleum-Ausgeware 300 cm breit ..... 2,90

**Glaswaren**

**Tafelservice** 22 Stk. 6 Pers. 19,75  
**Rüchenservice** 22 Stk. 6 Pers. 10,50  
**Küchenservice** 22 Stk. 2 Pers. 7,90

**Sonnabend Schlusstag**  
der  
**2ten WEISSEN WOCHE**

**Etamin**  
verschiedene Muster, ca. 150 cm breit  
**68** Pf.

**Maser-Intaid-Linoleum**  
2,0 mm stark 3,90 2,4 mm, ca 4,60 2,5 mm, ca 5,40

# HERMANN TIETZ

Frankfurter Allee Reste u. Abschnitte besonders billig